

Es ist eine besondere Will des Kongresses notwendig, um den Präsidenten in den Stand zu setzen, ein Gesetz vom Kongress zu genehmigen. Diese Erklärung wird nach der Verfassung eingeholt werden, und wird natürlich erachtet werden, dass der Kongress nicht nach amerikanischer Sitte den einzelnen Leuten aus dem Volke die Hand reichen. Er wird sich in den Städten, die er besuchen wird, dem Volke zeigen; doch hat das Empfangskomitee angeordnet, daß das Volk nur vor dem Präsidenten stehen soll. Alles wird geschehen, um den Präsidenten vor Belästigung zu schützen, und das Komitee wünscht, daß der Aufenthalt des Präsidenten so ruhig sei, wie es die vielen Reisen zufallen.

Die durch die Presse geübte Nachforschung, daß der Regierungspräsident von New York in New York am 1. Juli aus dem Amt scheidet, wird den Berliner Blättern bestätigt.

In Koburg erfolgte am Sonntag, wie man dem B. Z. meldet, die Bildung eines Komitees, welches die Zusammensetzung eines Kongresses der Reichsgemeinde Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz.

Die Lage in Kantonen, wie sie sich seit der Ernennung des Gouverneurs Yuanfai-fai zum Befehlshaber von Kanton gestaltet hat, wird in einer am Freitag der „Köln. Volksztg.“ ausgehenden Darstellung mit einiger Besorgnis geschildert.

Anschließend wird in dieser Schrift der Zustand als beforgniserregend bezeichnet, daß Yuan feine wehrfähigen zweijährigen Soldaten aus Schantung nach Kanton zieht. Außerdem ist von den Truppen des Yuan in Schantung wenig mehr zu hören. Yuan wird hieselben in dem von ihm und Warabenen schriftlich beimgeladenen Kanton nach Gebrauch kommen. Yuan ist sich, daß er mit seiner Hand Ordnung schafft, aber Schantung kann auch einer schweren militärischen Krise nicht entgehen. Das Waberen an sich ist bei jeder Verwirrung des Bundes föhrt in den Krieg. Der Kaiser führt fort: Im letzten ist es jetzt in Schantung recht ruhig und friedlich. Die Eisenbahn nach Kanton ist noch nicht fertig. Die Kaufleute im Innern haben weit noch keine Geschäftsverbindung mit Kanton aufgenommen. Infolge dessen hat man auch in Kanton Geschäfte schließen lassen. In Kanton, dem äußeren vorgeschobenen Posten der deutschen Interessenten, wird eine kleine Menge, das ist ein offenes Zeichen, daß man die Zollfreiheit beabsichtigt unterbricht. Dieser sind die Truppen in dem der Befreiungseile entnommen.

Dem Reichstag ist, wie schon mitgeteilt, auch in diesem Jahre eine Denkschrift betreffend die Entwicklung des Kanton-Gebietes vom Oktober 1900 bis Oktober 1901 zugegangen. Danach hat sich das Jutruen der einheimischen Bevölkerung zu der deutschen Verwaltung im Verichtsahre in einem überaus regen Zuge des chinesischen Elements und zwar gerade auch des besitzenden Kaufmannstandes in das deutsche Gebiet gehoben. Eine Entwicklung, die der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten im Verichtsahre ihr charakteristisches Gepräge verliehen hat. In dem auffällig starken Grundbesitzvermögen seitens der Chinesen, in der Niederlassung zahlreicher Handwerker und Kaufleute, in der Eröffnung einheimischer Banken für den Geldverkehr mit dem Hinterlande spiegeln sich die hohen Erwartungen wider, welche die nördlichen und geschäftstüchtigen Chinesen in die Zukunft der deutschen Kolonie setzen. Man lehr aber alle Erfahrung des europaisch-asiatischen Handels, daß die Entwicklung eines Platzes an der chinesischen Küste wesentlich bedingt wird durch die Befestigung des einheimischen Kaufmannstandes, das allein im Lande ist, einen regen Verkehr mit dem Innern schaffen und ausbreiten zu können. Es liegt deshalb, wie seitens der Marineverwaltung stets betont worden ist, im wohlverstandenen Interesse gerade auch der deutschen Kaufleute in Kanton, daß ein lebensfähiger und kapitalreicher chinesischer Handelsstand sich dort entwickelt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 25. Januar 1911.

Am Ministerium v. B. v. B. ist die zweite Lesung des Etats der Domänenverwaltung bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Abg. Dr. Hirsch (fr. W.): Es herrscht (Steuer) wohl Ueber- einimmung aller Parteien darüber, daß wir alle Mittel zur Befreiung der Wohnungswirtschaft der ländlichen Arbeiter anwenden müssen. Sie bitte dem Rathe zuzustimmen. Ich bitte zugleich die Resolution der Nationalparlamenten zu, nach der die Staatsregierung erklärt wird, im nächsten Etat zu diesem Zwecke höhere Mittel zu verlangen.

Abg. Graf Limburg-Solms (kon.) hält es für notwendig, den Titel zur Vermehrung der Domänen um 500 000 RM zu verlangen. Er ist jedoch nicht einverstanden, daß die Regierung die Wohnungswirtschaft der ländlichen Arbeiter im nächsten Jahre wieder in höherem Maße befristet.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) begründet die Resolution seiner Freunde und bittet für Zustimmung. In diesen Fragen müßten alle Parteien einig sein. Zu empfinden ist eine Anfrage bei allen Domänen.

Minister v. B. v. B. macht dem Abg. Friedberg gegenüber darauf aufmerksam, daß bei einer Umsätze zu viel Wünsche geäußert werden müßten. Im letzten ist es auch er damit einverstanden, daß die Arbeiterwohnungen mehr als bisher gefördert werden. Der Titel wird bewilligt, die Resolution einstimmig angenommen. Beim Titel „Erwerbung und erste Einrichtung von Domänen“ bittet

Abg. Dr. v. C. (kon.), bei dem Verkauf von Domänen der Provinz Sachsen recht vorichtig zu sein. Zu seiner Freude habe ihm dies der Minister v. Dammernstein zugesagt. 10 Proz. des Domänenverkaufs der Provinz Sachsen seien bereits verkauft. Es gehe das Geschäft, die Regierung wolle noch weiter gehen.

Minister v. B. v. B. vertritt, die Domänen in der Provinz Sachsen nach Möglichkeit zu erhalten. Das Verprechen seines Vorgängers ist bisher auch nicht gebrochen. Allerdings müßten einige Domänen im Innern verkauft werden, um Domänen im Osten erwerben zu können. Gerade dort seien viele Arbeiterbetriebe notwendig. Der Titel wird bewilligt.

Abg. v. B. (fr. W.) wünscht bessere Wege in den oberpreussischen Forsten.

Landesminister v. W. sagt Verbilligung zu. Der Titel für Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1901/02 75 000 000 RM wird bewilligt.

Beim Titel der Ausgaben Reichsminister und Reichsrat nimmt das B. Z.

Abg. Dr. v. Wangenheim (Bund der Landwirthe): Ich habe schon im vorigen Jahre und wiederholt den Wunsch ausgesprochen, daß die Königl. Reichsregierung an die Königl. Forster-Kammern für den Bau und das Fortsetzen der Forstwege gewährt werden. Das liegt einmal im Interesse der Forster. Die Forster haben heute gar kein Interesse daran, Ausweg im Sommer zu beschaffen. Der Reichsminister hat sich erst recht erwidern und viel nützliches zu veranlassen, um dann möglichst im Winter auf der Jagd vorzugehen zu werden und dann auch noch einen Weg zu liefern. Man könnte sich denken, daß die Königl. Forster sich dem Königl. Reichsminister zu verhalten. Aus meinen eigenen Erfahrungen kann ich bezeugen, daß unsere Forstbesitzer aus den Königl. Forsten reichlich mit Holzmitteln versorgt werden. Im allgemeinen Interesse muß die planmäßige Führung des Forstwesens vorgezogen werden. Die von mir vorgeschlagenen Forsten müßten auch dazu beitragen, die Luft der Jagd und dem Jagdsport bei den Königl. Forstern zu erhalten, und bei dem schweren und mühsamen Beruf der Königl. Forster sollten wir auf jede Weise dazu beitragen, durch diesen kleinen Anreiz die Arbeit leichter und lohnender zu machen. (Beifall rechts.)

Im Ministerium v. B. v. B. ist die Regierung beabsichtigt, auf schlechten Boden in Ostpreußen Weiden anzulegen. Die alten Weiden müßten aber erhalten werden. Zur Gewinnung von Torf staatliche Betriebe eingerichtet, habe er nicht für empfehlenswert. Darauf wird der Titel „Forstverwaltung“ bewilligt.

Beim Titel „Forstverwaltung“ zu erwidern auf die Bemerkungen der Abg. Dr. v. Wangenheim (Bund der Landwirthe): Ich wünsche, daß die Forstverwaltung der Forster eine Verbesserung der Forster Beamten keine vorläufig nicht gebührt. Nach der letzten allgemeinen Verbesserung der Beamtengehälter dürfte die Finanzverwaltung erwarten, daß nicht zu weitgehende Anforderungen an sie gestellt werden.

Nach weiterer Debatte wird der Titel bewilligt.

Beim Titel „Anwerbung von Forstjägern und Waldwärtern“ bemerkt

Landesminister v. W. bemerkt, die Regierung beabsichtigt, die Stelle der Waldwärters auszuheben zu lassen. Die Älteren dieser Beamten sollten den Forstern zu erhalten werden.

Abg. Dr. v. Wangenheim (Bund der Landwirthe): Ich frage mich, daß uns wenigstens die Aussicht eröffnet ist, das allmählich die erlassenen Urtheile in der Besoldung unserer Forstpersonals verschwinden werden. Wenn ich trotzdem dem Minister und dem Oberlandesminister keine Schmeicheleien sage, so thue ich es nicht aus unwürdiger Rücksicht des Chancens, sondern mit Rücksicht auf den Wagnis der beiden Herren, denn zu viel Jagd ist schädlich. Was zunächst das Dienstfeld des Forstjägers anlangt, so können zwar viele Forster ohne Dienstfeld nicht existieren, viele werden es aber nicht wünschen. Jedenfalls sollte die Abgabe des Dienstfeldes den Forstern nicht zu gut angedacht werden. Die Beschäftigung der Forster ist zu vertheilern. Eine allgemeine Anrechnung gefunden. Ich frage mich auch, daß dem Wunsch der Waldwärters durch die Gewährung des Titels Forster Genüge gegeben ist. Die Leute wünschen aber noch, daß ihnen der pensionsfähige Wohnungsbeitrag von 60 RM, auf mindestens 120 RM, und das Maximum von 180 RM, auf 240 RM, erhöht wird. Wie werden in unfernen Forstbeständen ein so vorzügliches, sittlich und politisch hochstehendes Personal, das wir alle Mittel anwenden wollen, es auf dieser Höhe zu erhalten. (Beifall rechts.)

Landesminister v. W. erklärt demgegenüber fest, daß die Waldwärters im Gehalt überhaupt nicht steigen.

Der Titel wird bewilligt, dabei eine Bitte weiterer Titel.

Beim Titel „Polzverkaufsstellen“ wird Abg. Dr. v. Wangenheim (kon.) an, es möchte in diesem Reichsminister die Erinnere von Waldreue aus den forstlichen Wäldern zu billigen Preisen gestattet werden.

Beim Titel „Zu forstwirtschaftlichen und Holzgewerben“ bemerkt

Abg. v. Wangenheim (kon.) Änderungen im Lehrgang der Forstakademie an. Eine Konferenz solle in nächster Zeit einberufen werden, um die notwendigen Reformen zu beraten.

Der Titel wird bewilligt, dabei eine Bitte weiterer Titel.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Sitzung 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung vom 25. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Graf v. B. v. B. ist die zweite Lesung des Etats der Domänenverwaltung bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Abg. Dr. Hirsch (fr. W.): Es herrscht (Steuer) wohl Ueber- einimmung aller Parteien darüber, daß wir alle Mittel zur Befreiung der Wohnungswirtschaft der ländlichen Arbeiter anwenden müssen. Sie bitte dem Rathe zuzustimmen. Ich bitte zugleich die Resolution der Nationalparlamenten zu, nach der die Staatsregierung erklärt wird, im nächsten Etat zu diesem Zwecke höhere Mittel zu verlangen.

Abg. Graf Limburg-Solms (kon.) hält es für notwendig, den Titel zur Vermehrung der Domänen um 500 000 RM zu verlangen. Er ist jedoch nicht einverstanden, daß die Regierung die Wohnungswirtschaft der ländlichen Arbeiter im nächsten Jahre wieder in höherem Maße befristet.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) begründet die Resolution seiner Freunde und bittet für Zustimmung. In diesen Fragen müßten alle Parteien einig sein. Zu empfinden ist eine Anfrage bei allen Domänen.

Minister v. B. v. B. macht dem Abg. Friedberg gegenüber darauf aufmerksam, daß bei einer Umsätze zu viel Wünsche geäußert werden müßten. Im letzten ist es auch er damit einverstanden, daß die Arbeiterwohnungen mehr als bisher gefördert werden. Der Titel wird bewilligt, die Resolution einstimmig angenommen. Beim Titel „Erwerbung und erste Einrichtung von Domänen“ bittet

Abg. Dr. v. C. (kon.), bei dem Verkauf von Domänen der Provinz Sachsen recht vorichtig zu sein. Zu seiner Freude habe ihm dies der Minister v. Dammernstein zugesagt. 10 Proz. des Domänenverkaufs der Provinz Sachsen seien bereits verkauft. Es gehe das Geschäft, die Regierung wolle noch weiter gehen.

Minister v. B. v. B. vertritt, die Domänen in der Provinz Sachsen nach Möglichkeit zu erhalten. Das Verprechen seines Vorgängers ist bisher auch nicht gebrochen. Allerdings müßten einige Domänen im Innern verkauft werden, um Domänen im Osten erwerben zu können. Gerade dort seien viele Arbeiterbetriebe notwendig. Der Titel wird bewilligt.

Abg. v. B. (fr. W.) wünscht bessere Wege in den oberpreussischen Forsten.

Landesminister v. W. sagt Verbilligung zu. Der Titel für Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1901/02 75 000 000 RM wird bewilligt.

Beim Titel der Ausgaben Reichsminister und Reichsrat nimmt das B. Z.

Die Regierung beabsichtigt, auf schlechten Boden in Ostpreußen Weiden anzulegen. Die alten Weiden müßten aber erhalten werden. Zur Gewinnung von Torf staatliche Betriebe eingerichtet, habe er nicht für empfehlenswert. Darauf wird der Titel „Forstverwaltung“ bewilligt.

Beim Titel „Forstverwaltung“ zu erwidern auf die Bemerkungen der Abg. Dr. v. Wangenheim (Bund der Landwirthe): Ich wünsche, daß die Forstverwaltung der Forster eine Verbesserung der Forster Beamten keine vorläufig nicht gebührt. Nach der letzten allgemeinen Verbesserung der Beamtengehälter dürfte die Finanzverwaltung erwarten, daß nicht zu weitgehende Anforderungen an sie gestellt werden.

Nach weiterer Debatte wird der Titel bewilligt.

Beim Titel „Anwerbung von Forstjägern und Waldwärtern“ bemerkt

Landesminister v. W. bemerkt, die Regierung beabsichtigt, die Stelle der Waldwärters auszuheben zu lassen. Die Älteren dieser Beamten sollten den Forstern zu erhalten werden.

Abg. Dr. v. Wangenheim (Bund der Landwirthe): Ich frage mich, daß uns wenigstens die Aussicht eröffnet ist, das allmählich die erlassenen Urtheile in der Besoldung unserer Forstpersonals verschwinden werden. Wenn ich trotzdem dem Minister und dem Oberlandesminister keine Schmeicheleien sage, so thue ich es nicht aus unwürdiger Rücksicht des Chancens, sondern mit Rücksicht auf den Wagnis der beiden Herren, denn zu viel Jagd ist schädlich. Was zunächst das Dienstfeld des Forstjägers anlangt, so können zwar viele Forster ohne Dienstfeld nicht existieren, viele werden es aber nicht wünschen. Jedenfalls sollte die Abgabe des Dienstfeldes den Forstern nicht zu gut angedacht werden. Die Beschäftigung der Forster ist zu vertheilern. Eine allgemeine Anrechnung gefunden. Ich frage mich auch, daß dem Wunsch der Waldwärters durch die Gewährung des Titels Forster Genüge gegeben ist. Die Leute wünschen aber noch, daß ihnen der pensionsfähige Wohnungsbeitrag von 60 RM, auf mindestens 120 RM, und das Maximum von 180 RM, auf 240 RM, erhöht wird. Wie werden in unfernen Forstbeständen ein so vorzügliches, sittlich und politisch hochstehendes Personal, das wir alle Mittel anwenden wollen, es auf dieser Höhe zu erhalten. (Beifall rechts.)

Landesminister v. W. erklärt demgegenüber fest, daß die Waldwärters im Gehalt überhaupt nicht steigen.

Der Titel wird bewilligt, dabei eine Bitte weiterer Titel.

Beim Titel „Polzverkaufsstellen“ wird Abg. Dr. v. Wangenheim (kon.) an, es möchte in diesem Reichsminister die Erinnere von Waldreue aus den forstlichen Wäldern zu billigen Preisen gestattet werden.

Beim Titel „Zu forstwirtschaftlichen und Holzgewerben“ bemerkt

Abg. v. Wangenheim (kon.) Änderungen im Lehrgang der Forstakademie an. Eine Konferenz solle in nächster Zeit einberufen werden, um die notwendigen Reformen zu beraten.

Der Titel wird bewilligt, dabei eine Bitte weiterer Titel.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Sitzung 4 Uhr.

Im Bundesrat: Graf v. B. v. B. ist die zweite Lesung des Etats der Domänenverwaltung bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Abg. Dr. Hirsch (fr. W.): Es herrscht (Steuer) wohl Ueber- einimmung aller Parteien darüber, daß wir alle Mittel zur Befreiung der Wohnungswirtschaft der ländlichen Arbeiter anwenden müssen. Sie bitte dem Rathe zuzustimmen. Ich bitte zugleich die Resolution der Nationalparlamenten zu, nach der die Staatsregierung erklärt wird, im nächsten Etat zu diesem Zwecke höhere Mittel zu verlangen.

Abg. Graf Limburg-Solms (kon.) hält es für notwendig, den Titel zur Vermehrung der Domänen um 500 000 RM zu verlangen. Er ist jedoch nicht einverstanden, daß die Regierung die Wohnungswirtschaft der ländlichen Arbeiter im nächsten Jahre wieder in höherem Maße befristet.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) begründet die Resolution seiner Freunde und bittet für Zustimmung. In diesen Fragen müßten alle Parteien einig sein. Zu empfinden ist eine Anfrage bei allen Domänen.

Minister v. B. v. B. macht dem Abg. Friedberg gegenüber darauf aufmerksam, daß bei einer Umsätze zu viel Wünsche geäußert werden müßten. Im letzten ist es auch er damit einverstanden, daß die Arbeiterwohnungen mehr als bisher gefördert werden. Der Titel wird bewilligt, die Resolution einstimmig angenommen. Beim Titel „Erwerbung und erste Einrichtung von Domänen“ bittet

Abg. Dr. v. C. (kon.), bei dem Verkauf von Domänen der Provinz Sachsen recht vorichtig zu sein. Zu seiner Freude habe ihm dies der Minister v. Dammernstein zugesagt. 10 Proz. des Domänenverkaufs der Provinz Sachsen seien bereits verkauft. Es gehe das Geschäft, die Regierung wolle noch weiter gehen.

Minister v. B. v. B. vertritt, die Domänen in der Provinz Sachsen nach Möglichkeit zu erhalten. Das Verprechen seines Vorgängers ist bisher auch nicht gebrochen. Allerdings müßten einige Domänen im Innern verkauft werden, um Domänen im Osten erwerben zu können. Gerade dort seien viele Arbeiterbetriebe notwendig. Der Titel wird bewilligt.

Abg. v. B. (fr. W.) wünscht bessere Wege in den oberpreussischen Forsten.

Landesminister v. W. sagt Verbilligung zu. Der Titel für Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1901/02 75 000 000 RM wird bewilligt.

Beim Titel der Ausgaben Reichsminister und Reichsrat nimmt das B. Z.

Die Regierung beabsichtigt, auf schlechten Boden in Ostpreußen Weiden anzulegen. Die alten Weiden müßten aber erhalten werden. Zur Gewinnung von Torf staatliche Betriebe eingerichtet, habe er nicht für empfehlenswert. Darauf wird der Titel „Forstverwaltung“ bewilligt.

Beim Titel „Forstverwaltung“ zu erwidern auf die Bemerkungen der Abg. Dr. v. Wangenheim (Bund der Landwirthe): Ich wünsche, daß die Forstverwaltung der Forster eine Verbesserung der Forster Beamten keine vorläufig nicht gebührt. Nach der letzten allgemeinen Verbesserung der Beamtengehälter dürfte die Finanzverwaltung erwarten, daß nicht zu weitgehende Anforderungen an sie gestellt werden.

Nach weiterer Debatte wird der Titel bewilligt.

Beim Titel „Anwerbung von Forstjägern und Waldwärtern“ bemerkt

Landesminister v. W. bemerkt, die Regierung beabsichtigt, die Stelle der Waldwärters auszuheben zu lassen. Die Älteren dieser Beamten sollten den Forstern zu erhalten werden.

Die Regierung beabsichtigt, auf schlechten Boden in Ostpreußen Weiden anzulegen. Die alten Weiden müßten aber erhalten werden. Zur Gewinnung von Torf staatliche Betriebe eingerichtet, habe er nicht für empfehlenswert. Darauf wird der Titel „Forstverwaltung“ bewilligt.

